

Groß-Israels - ohne Palästinenser „From the river to the sea“ oder gar **von Bagdad bis Kairo**. Dazu gehört die Bombardierung und teilweise Besetzung **Libanons**, die Bombardierung **Syriens** und die Besetzung der Golan-Höhen.

Nebeneffekt: weltweit werden Jüdinnen und Juden gefährdet, weil sie – zu Unrecht! - für die Verbrechen der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden.

Mit der Gründung des Staates Israel 1948 begannen für die palästinensische Bevölkerung 76 Jahre der Vertreibung und Entrechtung, 56 Jahre Besetzung und 16 Jahre Blockade des Gazastreifens. - Dies festzustellen, ist kein Angriff auf das Existenzrecht Israels.

Aus der historischen Verantwortung Deutschlands für das Menschheitsverbrechen des Holocaust ergibt sich die Verpflichtung, sich **für Menschenrechte und das Völkerrecht einzusetzen, wo immer und von wem immer sie missachtet werden. Ohne Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es für Israel keine dauerhafte Sicherheit geben.**

Die **deutsche Regierung** muss sich mit allen Mitteln einsetzen für

- ▶ **dauerhaften Waffenstillstand und Aufhebung der Blockade von Gaza**
- ▶ **Stopp von Vertreibung im Westjordanland**
- ▶ **Freilassung der Geiseln und Gefangenen**
- ▶ **Einhaltung der UN-Resolutionen und der Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs durch Israel**
- ▶ **Wirksame Sanktionen**
- ▶ **Entwicklung von Perspektiven für eine gerechte Zukunft im Nahen Osten**

Mehr Informationen: www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina

Die Attac-Regionalgruppe Kassel trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr im Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 10, 1. Stock, Raum 10.1.3 - Interessierte sind herzlich willkommen !



attac
Regionalgruppe
Kassel

V.i.S.d.P.: Attac-Regionalgruppe Kassel / www.attac-netzwerk.de/kassel



Attac

im Kasseler Friedensbündnis

Oktober 2025

Deutschland-Hilfe für neue Kolonie „Gaza“ ?

„Es gibt keinen israelisch-palästinensischen Nahostkonflikt. Es gibt nur eine brutale israelische Besetzung, und die muss beendet werden.“

Gideon Levi, Journalist der israelischen Tageszeitung Ha'aretz, 23.11.2023, [youtube.com/watch?v=K0JINcwr5OQ](https://www.youtube.com/watch?v=K0JINcwr5OQ)

Überfällig ist die Freilassung der israelischen Geiseln. **Überfällig** ist die Freilassung der palästinensischen Gefangenen, 1700 davon aus Gaza, seit Oktober 2023 als Verhandlungsmasse unter schrecklichen Bedingungen inhaftiert. *„Alle Frauen und Kinder, die in diesem Zusammenhang inhaftiert sind“* würden freigelassen. (!)

56 Prozent der inzwischen 11.040 palästinensischen Sicherheitsgefangenen in Israel sind als Verdächtige für sechs Monate und länger ohne offizielle Anklage inhaftiert. (Quelle: hamoked.org , Sept 2025)

Überfällig vor allem ist das Ende der israelischen Besetzung.

Der 20-Punkte-‘Friedens’plan von Trump zielt nicht auf einen gerechten Frieden. Vielmehr soll er für USA, Israel, EU und arabische Golfstaaten **wirtschaftliche und politische Vorherrschaft** über eine geopolitisch bedeutende Region sichern.

Aufhebung der **Blockade der humanitären Hilfe** erst, wenn alle

Seiten dem Plan zugestimmt haben.

"Niemand wird gezwungen sein, Gaza zu verlassen, und diejenigen, die gehen wollen, werden dazu frei sein und frei zurückkehren können." **Wann und wie weit** sich die israelische Armee aus dem Gazastreifen zurückzieht, bleibt offen. Vorerst bombt sie dort weiter, so dass Gaza für menschliches Leben nicht mehr geeignet ist.

Nicht vorgesehen in dem Plan ist **Wiedergutmachung** für die mehr als **67.000** ermordeten Palästinenser durch israelische Angriffe, weitere **ungezählte und unzählbare** Opfer durch die **Blockade von Nahrungsmitteln, Wasser, Treibstoff, Medikamenten**, die Zerstörung von Krankenhäusern und Schulen, 90 Prozent der Wohnhäuser und der Anbauflächen für Nahrungsmittel und die Zerstörung palästinensischen Eigentums im besetzten **Westjordanland**. (www.ochaopt.org/updates)

Für die Palästinenser bedeutet der Trumpsche Plan weiterhin **Entrechtung und Unterwerfung**. Sie werden ohne Sicherheitsgarantien unter internationales Mandat gestellt, mit Trump und dem Briten Tony Blair als "Friedensvorstand": ein **Reservat statt einem unabhängigen Staat**. Der Gazastreifen, als Freihandelszone mit großen Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer, „*wird sich ganz dem Aufbau einer boomenden Wirtschaft und friedlichen Koexistenz mit den Nachbarn*“ verschreiben - mit entrechteten Palästinensern als Billiglohnkräften.

Und was macht die Bundesregierung?

Voll des Lobes über Trumps ‚Friedens‘plan stellt sie eine Beteiligung am Wiederaufbau des Gazastreifens in Aussicht.

Berliner Anwälte/-innen haben **Strafantrag gegen** sieben ehemalige und amtierende **Regierungsmitglieder** sowie Chefs von vier **Rüstungskonzernen** gestellt. Der Vorwurf: **Beihilfe zum Völkermord in Gaza, Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen**. Den Beschuldigten wird zur Last gelegt, mit der Lieferung von Waffen, Komponenten und Ersatzteilen an Israel die Militärmaschinerie zu

unterstützen und das genozidale Vorgehen im Gazastreifen erst möglich zu machen. - Seit März 2024 ist Deutschland vor dem **Internationalen Gerichtshof wegen Beihilfe zum Völkermord angeklagt**.

(<https://www.icj-cij.org/case/193>)

Motoren der Rolls-Royce-Tochter **MTU Friedrichshafen** kommen in israelischen Panzern zum Einsatz. Ohne die **Getriebe und Fahrwerke** der Firma **Renk** aus Augsburg könnte kein Panzer in Gaza einrollen. Ein schultergestützter **Raketenwerfer** von **Dynamit Nobel** wird von den israelischen Truppen dazu verwendet, Wohnhäuser im Gazastreifen einzuäschern (Beweis: zahlreiche von israelischen Soldaten aufgenommene Videos).

Nach einem Bericht der Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrats **begeht Israel einen Völkermord in Gaza**: vorsätzliche Vernichtung der Lebensgrundlagen der Palästinenser in Gaza und Zerstörung ihrer Gesellschaft. Vor dem **Internationalen Gerichtshof** ist Israel wegen mutmaßlichem **Völkermord** angeklagt. Die **Völkermordkonvention** verpflichtet alle Unterzeichnerstaaten, **alles zu tun, um einen Völkermord zu verhindern oder zu bestrafen**.

Der Internationale **Strafgerichtshof** hat **Haftbefehl** gegen Israels Präsident Netanyahu – sowie gegen Anführer der Hamas - wegen Kriegsverbrechen erlassen.

Die andauernde **Besetzung des Westjordanlandes** wurde vom Internationalen Gerichtshof als **völkerrechtswidrig** erklärt und Israel aufgefordert, die besetzten Gebiete zu verlassen. **Kein UN-Mitgliedsstaat dürfe Israel bei der Aufrechterhaltung der Besatzung helfen** und auch **keine Handels- und Investitionsbeziehungen** eingehen, die der Aufrechterhaltung der Besatzung dienen.

Davon unbeeindruckt tritt die israelische Regierung das Völkerrecht mit Füßen, jeden Tag mörderischer – und **straflos**. Also macht sie weiter:

Durch massive Ausweitung illegaler Siedlungen treibt die Netanyahu-Regierung die **vollständige Übernahme des Westjordanlands** voran. Hemmungslos und ungehindert vertreiben kriminelle Siedler Palästinenser von ihrem Grund und Boden - mit über 1000 palästinensischen Todesopfer seit Oktober 2023. Ziel: die Schaffung eines